

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Mainz-Bingen des Landkreises Mainz-Bingen (zu TOP 2 gemeinsam mit den Schulträgerausschüssen des Landkreises Mainz-Bingen und der Stadt Mainz)

Sitzung Nr. : KT/0010/IX
Termin : Freitag, 01.04.2011
Ort, Raum : Kreisverwaltung Mainz-Bingen in Ingelheim, Georg-Rückert-Straße 11, Kreistagssaal (Raum 023, EG)
Beginn : 14:00 Uhr
Ende : 17:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende:

Landrat Claus Schick (Vorsitzender des Kreistages des Landkreises Mainz-Bingen)
Erster Kreisbeigeordneter Adam J. Schmitt (Vorsitzender des Schulträgerausschusses des Landkreises Mainz-Bingen)
Beigeordneter Kurt Merkator (Vorsitzender des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)

Mitglieder des Kreistages des Landkreises Mainz-Bingen

Alfons Achatz, Bodenheim
Frank Berlep, Bingen
Jörg Berres, Waldalgesheim
Hans-Erich Blodt, Essenheim
Edgar Bucher, Uelversheim
Kornelia Choquet, Bingen
Egon Fels, Münster-Sarmsheim
Dr. Joachim Gerhard, Ingelheim
Monika Göttler, Bingen (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Elisabeth Gräff, Bingen (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Ute Granold, Klein-Winternheim; MdB (bis 15:40 Uhr)
Thomas Günther, Nierstein, MdL
Sebastian Hamann, Bingen
Michael Hanne, Bingen
Michael Hartmann, Wackernheim, MdB
Ursula Hartmann-Graham, Waldalgesheim
Marcus Held, Oppenheim
Irene Hilgert, Ingelheim
Christine Jung, Trechtingshausen
Willi Keitel, Oppenheim
Dr. Willi Kiesewetter, Lörzweiler (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Heinz-Peter Kissel, Ingelheim
Anne Kleinschnieder, Ingelheim (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Helga Lerch, Ingelheim (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Dieter Linck, Ober-Hilbersheim
Paul-Michael Lottermann, Nieder-Olm (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Erwin Malkmus, Nieder-Olm
Rosemarie Müller, Nieder-Olm

Klaus Penzer, Selzen
Stefan Pohl, Bingen
Michael Reitzel, Selzen (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Brigitte Ritter-Miesen, Dienheim
Ingeborg Rosemann-Kallweit, Niederheimbach (ab 14:10 Uhr)
Ulrike Rückert, Schwabenheim (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Kerstin Saala, Bubenheim
Dorothea Schäfer, Gau-Bischofsheim, MdL (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Gisela Schätzler, Guntersblum (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Reiner Schmitt, Guntersblum
Petra Schrimb, Wackernheim (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Almut Schultheiß-Lehn, Gau-Algesheim
Hans-Christoph Schultz, Gau-Bischofsheim
Ralph Spiegler, Stackeden-Elsheim
Ute Springstubbe, Essenheim
Walter Strutz, Stackeden-Elsheim
Michael Stüber, Heidesheim
Hans-Wilhelm Sturm, Nieder-Olm (zugleich Mitglied des Schulträgerausschusses)
Jutta Umsonst, Jugenheim
Oliver Wernersbach, Sprendlingen

Mitglieder des Schulträgerausschusses des Landkreises Mainz-Bingen (zu TOP 2):

Hans-Wolfgang Fluche
Dietmar Frondorf
Sabine Reich
Beate Rösch-Kießl
Wolfgang Schmidt
Klaus Waidhas

Mitglieder des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz (zu TOP 2):

Ibolya Havel-Scheuermann
Ludwig Julius
Valeriano Sierra Haupt
Norbert Solbach
Karin Trautwein
Sissi Westrich
Cornelia Willius-Senzer

Sachverständige zu TOP 2:

Wolf Krämer-Mandau, Schulentwicklungsplaner
Hans-Wolfgang Fluche, Schulleiter der Berufsbildenden Schule Ingelheim
Johannes Olliges, Schulleiter der Berufsbildenden Schule Bingen
Ibolya Havel-Scheuermann, Schulleiterin der Berufsbildenden Schule IV Mainz
Volker Freudenberger, Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co.KG
Tobias Schuhmacher, Kreishandwerkerschaft Mainz-Bingen
Theo Welter, Industrie- und Handelskammer Rheinhessen
Christian Pflughaupt, Landesinnungsmeister Kfz-Innung
Ulrich Brenken, Landesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an Berufsbildenden Schulen

Von der Verwaltung:

Erster Kreisbeigeordneter Adam J. Schmitt
Kreisbeigeordnete Irene Alt
Kreisbeigeordneter Burkhard Müller

Manfred Heinisch, Leitender Staatlicher Beamter
Büroleiterin Ute Breivogel, Leiterin der Abt. 11 „Zentrale Dienste“
Andreas Starzinski; Leiter des Rechtsamtes/KRA, Erster Werkleiter des AWB (zeitweise)
Thomas Blechschmidt, Leiter der Stabsstelle Doppik
Peter Patschicke, Leiter der Abt. 21 „Bauen und Umwelt“
Irina Köth-Hirsch, Leiterin der Abt. 22 „Schulen/ Gebäudemanagement“
Dieter Stillger, Stadtverwaltung Mainz, Büroleiter Dezernat IV
Petra Henkel, Stadtverwaltung Mainz, Leiterin Schulamt
Bernd Misskamp, Stabsstelle GB IV (ab 14:30 Uhr)
Pressesprecher Thomas Zöller, Büro Landrat
Barbara Krause, Leiterin Kreisdienste
Alexandra Becker, Kreisdienste (als Schriftführerin)

Entschuldigt:

Gerhard Lenzen, Nieder-Olm (Mitglied des Kreistages des Landkreises Mainz-Bingen)
Thomas Ottmann, St. Johann (Mitglied des Kreistages des Landkreises Mainz-Bingen)
Leonard Beck (Mitglied des Schulträgerausschusses des Landkreises Mainz-Bingen)
Ulrike Jedek (Mitglied des Schulträgerausschusses des Landkreises Mainz-Bingen)
Bernd Karst (Mitglied des Schulträgerausschusses des Landkreises Mainz-Bingen)
Sylvia Lepold (Mitglied des Schulträgerausschusses des Landkreises Mainz-Bingen)
Wolfgang Schultz (Mitglied des Schulträgerausschusses des Landkreises Mainz-Bingen)
Gerlinde Sobel (Mitglied des Schulträgerausschusses des Landkreises Mainz-Bingen)
Gitte Zaun-Rausch (Mitglied des Schulträgerausschusses des Landkreises Mainz-Bingen)
Joachim Bliemeister (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Dagmar Brandmüller (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Ingrid Braun (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Klaus Heck (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Gunther Heinisch (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Nadya Konrad (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Manfred Ladwig (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Christel Liefke (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Ruth Ludwig (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Sabine Maskow (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Klara Sophie Mladinic (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Armin Mößner (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Tabea Rößner, MdB (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Anja Selle-Uersfeld (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)
Erwin Steilen (Mitglied des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz)

Tagesordnung:

1	Einwohnerfragestunde
2	Anhörung und Erörterung zur Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen (gemeinsam mit den Schulträgerausschüssen der Stadt Mainz und des Landkreises Mainz-Bingen) Vorlage: IX/0760/2011
3	Zusatzvertrag zum Vertrag über das Humuswerk Essenheim mit der Fa. Veolia Umweltservice West GmbH und Zusatzvertrag über den Vertrag über die Anlieferung von Bioabfällen in das Humuswerk Essenheim durch die Stadt Mainz Vorlage: IX/0742/2011
4	Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen zur Übertragung von Aufgaben der Ernährungsnotfallvorsorge Vorlage: IX/0752/2011
5	Behandlung schriftlicher Anträge der im Kreistag vertretenen Fraktionen; Einspruch einlegen gegen den Beschluss der Fluglärmkommission - CDU-Kreistagsfraktion - Vorlage: IX/0767/2011
6	Stilllegung des Atomkraftwerkes Biblis A; Klage der RWE AG - Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen -
7	Beantwortung schriftlicher Anfragen der im Kreistag vertretenen Fraktionen bzw. einzelner Kreistagsmitglieder; Sparkassen - FDP-Kreistagsfraktion - Vorlage: IX/0751/2011

Der Vorsitzende, Landrat Claus Schick, eröffnet die 10. öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Mainz-Bingen in der Wahlperiode 2009/2014, die zu Tagesordnungspunkt 2 (Anhörung/ Erörterung zur Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen) gemeinsam mit den Schulträgerausschüssen der Stadt Mainz und des Landkreises Mainz-Bingen durchgeführt wird.

Sodann heißt er den Vorsitzenden des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz, Herrn Beigeordneten Kurt Merkator, sowie alle Mitglieder des Kreistages und der Ausschüsse herzlich willkommen.

Beigeordneter Merkator dankt im Namen des Stadtrates sowie des Schulträgerausschusses der Stadt Mainz für die Einladung zu der gemeinsamen Sitzung und verdeutlicht, dass es bei der Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen vor allem darum gehe, wirtschaftlich mit öffentlichen Mitteln umzugehen. Hierzu gehöre auch die Überprüfung dahingehen, ob die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Gebietskörperschaften und Berufsbildender Schulen optimiert und verbessert werden können. Der Schulentwicklungsplaner habe entsprechende Ideen und Pläne vorgelegt, welche es nun zu diskutieren gelte.

Sodann begrüßt der Vorsitzende die Sachverständigen zu Tagesordnungspunkt 2 und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Mitglied Stüber (Bündnis 90/ Die Grünen) bittet darum, die Tagesordnung um den **Dringlichkeitsantrag „Stilllegung des Atomkraftwerkes Biblis A; Klage der RWE AG“ zu ergänzen.**

Dieser durch Mitglied Stüber vorgeschlagenen Ergänzung der Tagesordnung wird einstimmig mit 47 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung **zugestimmt.**

Anschließend bestellt der Vorsitzende Frau Alexandra Becker zur Schriftführerin dieser Sitzung und

weist auf das Mitlaufen des Tonbandes hin; er macht darauf aufmerksam, dass einzelne Kreistagsmitglieder verlangen können, dass ihre Ausführungen nicht aufgezeichnet und somit nicht archiviert werden.

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen, Anregungen oder Wortmeldungen vor.

2 Anhörung und Erörterung zur Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen (gemeinsam mit den Schulträgerausschüssen der Stadt Mainz und des Landkreises Mainz-Bingen)

Vorlage: IX/0760/2011

Die Redebeiträge bzw. Präsentationen der Sachverständigen sind der Niederschrift als Anlagen 1 bis 9 beigelegt.

In der sich anschließenden Aussprache dankt Mitglied Schäfer (CDU) den Sachverständigen für ihre Ausführungen und schildert, dass die Anhörung wichtig gewesen sei, um die Argumente der Experten hören. Die nun erhaltenen Erkenntnisse zeigen ihrer Auffassung nach auf, dass die Durchführung dieser Anhörung richtig war und nicht nur Zahlen, sondern auch Qualität und Inhalte im Vordergrund einer Neustrukturierung von Berufsbildenden Schulen stehen sollten.

Zu ihren Fragen führt Herr Krämer-Mandau aus, dass Schülerzahlen und Qualität der Schulen zusammenhängen, da beispielsweise durch fehlerhafte Schülerzahlen keine Qualitäten an mittelzentralen Standorten zusammengezogen werden könnten.

Des Weiteren führt er aus, dass der Schulentwicklungsplan des Landkreises seit den neunziger Jahren die Einrichtung eines beruflichen Gymnasiums vorschläge. Hier gab es bislang jedoch keinerlei Bewegung.

In Bezug auf mögliche Alternativen zu der vorgeschlagenen „großen Lösung“ merkt er an, dass er sich seitens der Schulen stärkere Alternativvorschläge gewünscht hätte. Die „große Lösung“ schlage beispielsweise vor neben dem Bereich „Kochen“ auch die Bereiche „Fleischer/in“ und „Bäcker/in“ zusammengeführt werden, da eine Aufteilung auf zwei Standorte nicht sinnvoll erscheint. Weiterhin schlage man vor, ein „Bauzentrum“ einzurichten, um hier alle Bauberufe zusammenzuführen. Hierbei spiele die Wohnortnähe seiner Auffassung nach eine nachgeordnete Rolle. Darüber hinaus würden neben den Automobilkaufleuten auch Kfz-Mechatroniker/innen in Mainz ausgebildet. Auch hier könnten Landkreis und Stadt gemeinsam Kapazitäten bündeln und eine noch größere Fachlichkeit anbieten.

Sodann schildert er, dass sich der Konzentrationsprozess von Spezialeinrichtungen wie z. B. Kfz-Laboren zwar sehr teuer gestalten, dies jedoch einen wesentlichen Bestandteil der Qualitätsfrage sowie der langfristigen Sicherheit darstelle.

Der Vorschlag, die Berufsbildende Schule II Mainz und die Berufsbildende Schule Ingelheim zusammenzuführen und den gesamten sozialwissenschaftlichen Bereich (hier vor allem die Bereiche „Chemikant/in“, „Pharmakant/in“ und „Naturwissenschaften“ im Hinblick auf die Firma Boehringer am Standort Ingelheim zu bündeln) unterstütze die Schulen bei dem Ausbau der Fachlichkeit. Hiervon würden auch die Betriebe profitieren. Auch hier sehe er die Wohnortnähe nicht als dagegen sprechendes Argument.

Die von den Berufsbildenden Schulen eingebrachten wichtigen „kleinen Alternativen“ seien keine Basis für die nächsten 10 Jahre und die in diesem Zeitraum sinkenden Schülerzahlen. Die Vorschläge der „großen Lösung“ seien u. a. eine Bündelung von Kompetenz. Damit verbunden sei zwar auch eine Bündelung von Geldern, dies sei jedoch notwendig, um den Berufsbildenden Schulen langfristig ein guter Partner sein zu können.

Bezüglich der Wirtschaftskraft der Region führt er beispielhaft aus, dass alle Erzieher/innen

aus dem Landkreis in der Stadt Mainz ausgebildet werden. Eine Fusion der Bereiche „Soziales“ und „Hauswirtschaft“ am Standort Ingelheim sei ein stärkender Faktor für die Region. Darüber hinaus stelle eine sichere und in ihren Schülerzahlen erweiterte Berufsbildende Schule Ingelheim eine weitere Aufwertung des Standortes Ingelheim und eine Entlastung des Standorts Mainz dar.

Hinsichtlich der Frage des Mitgliedes Schäfer (CDU), ob die Behauptung, dass größere Schulen besser als kleinere Schulen arbeiten stimme, führt Herr Brenken aus, dass nach seiner Auffassung alle Berufsbildenden Schulen große Schulen seien. Im Durchschnitt besuchen rd. 1.700 Schüler/innen eine Berufsschule. Die kleinste Berufsbildende Schule befinde sich mit ca. 500 Schüler/innen in Kirn. In den letzten Jahren wurde darüber beraten, ob diese Schule als Dependance zu der Berufsbildenden Schule Bad Kreuznach umgewandelt oder weiterhin selbständig bleiben soll. Er selbst habe kein Verständnis für einen Vergleich zwischen großen und kleinen Berufsbildenden Schulen.

Weiterhin berichtet er, dass man beispielsweise im Bereich „Kfz“ am Standort Ingelheim über eine stabile zweizügige Struktur verfüge; am Standort Mainz sei diese dreizügig. Dies sei vorteilhaft, da im Handwerk die Wohnortnähe eine Rolle spiele. Wenn dann über eine Konzentration der Standorte nachgedacht werde, weil z. B. Labore zu teuer sind, sollte man berücksichtigen, dass in dieser Branche eine große Wirtschaftskraft stecke, da sich jeder 16. Arbeitsplatz in Deutschland in diesem Bereich befinde.

Sodann führt er aus, dass seitens der Kommunen in der Region – unter Einbeziehung des Standortes Alzey – die Einrichtung von acht Fachoberschulen beantragt und bereits zwei genehmigt wurden. Dies bedeute, dass für jeden Standort zwei Labore eingerichtet werden müssten, was mit hohen Kosten verbunden sei. Hier werde seitens der Kommunen regelmäßig auf Subventionen verwiesen. Er macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um Steuergelder handle.

Zusammenfassend erklärt er, dass alle Berufsbildenden Schulen groß genug seien um den Bedarf der Schüler/innen zu decken. Im Bereich der Schulen mit sinkenden Schülerzahlen würden sog. Bezirks-, Landes- und Bundesfachklassen eingerichtet. Dieses System habe sich bislang bewährt.

Herr Fluche gibt in Bezug auf die Frage des Mitgliedes Schäfer (CDU) zu möglichen Doppelstrukturen an, dass man beispielsweise im Bereich der Berufsoberschulen I und II Rückgänge verzeichnet habe. Die Berufsbildende Schule Ingelheim habe somit in den vergangenen zwei Jahren die Berufsoberschule I an die Berufsbildenden Schulen Mainz oder Bingen abgegeben. Im vergangenen Jahr seien jedoch zwei Schüler/innen übrig geblieben. Hier müsse nun überlegt werden, ob solche Schulformen aus ökologischen Gesichtspunkten nicht mehr angeboten werden sollen oder ob es notwendiger erscheine, den jungen Nachwuchs der Region auch vor dem Hintergrund auszubilden, dass sich die Betreuung der Lehrer/innen kostenintensiver darstelle.

Auch im Bereich der naturwissenschaftlichen Ausbildung existiere in Ingelheim und Mainz eine starke Ausbildung, so dass es zu überlegen gelte, welche Schüler/innen welche Schule besuchen. Dies müsse dann jedoch seitens der Unternehmen bzw. Betriebe geklärt werden, da z. B. nur am Standort Ingelheim eine Blockausbildung angeboten werde.

Des Weiteren macht er deutlich, dass in der Vergangenheit nicht über einer Veränderung der Schulstruktur aus ökonomischen Gründen diskutiert wurde, sondern bislang eine Ausbildung im Vordergrund stand. In Ingelheim bestehe zwischen der Berufsbildenden Schule und der Firma Boehringer eine starke Lernortkooperation. Auch diese enge Verzahnung sollte bei einer Umstrukturierung und Schneidung der Berufsbildenden Schule bedacht werden. Er macht darauf aufmerksam, dass solche Überlegungen im Bereich der Gymnasien oder Integrierten Gesamtschulen in keiner Weise bestehen. Seiner Auffassung nach sollten alle Schularten und neben dem Landkreis Mainz-Bingen und der Stadt Mainz auch die Standorte im Landkreis Alzey-Worms und Bad Kreuznach in einer Gesamtbetrachtung untersucht werden.

Landrat Schick bemerkt zu den Aussagen des Herrn Fluche, dass die Berufsbildenden Schulen in keiner Weise beschnitten werden sollen. Schließlich wurden die Berufsbildenden Schulen im Landkreis hervorragend ausgestattet. Darüber hinaus wolle man gerade in den Standort Ingelheim erheblich investieren.

Herr Fluche stellt klar, dass er unter dem Beschneiden der Berufsbildenden Schulen den Zugschnitt in Bezug auf die Struktur angesprochen habe und verdeutlicht, dass die Berufsbildenden Schulen im Landkreis sehr gut ausgestattet seien und erhebliche Unterstützungen seitens des Landkreises erfahren.

Mitglied Spiegler (SPD) führt aus, dass es sich vorliegend ausschließlich um das Wohl der Schüler/innen an Berufsbildenden Schulen handele, welche einen Anspruch auf zukunftsorientierte Berufsbildende Schulen und Strukturen haben. Die hinsichtlich der Weiterentwicklung von Berufsbildenden Schulen zu treffenden Entscheidungen seien ausschlaggebend für die Entwicklung der kommenden 20 bis 25 Jahre.

Sodann dankt er den Referenten für die Fachvorträge und stellt fest, dass ein Spannungsfeld zwischen Qualität und wohnortnaher Versorgung mit Berufsbildenden Schulen existiere. Seiner Auffassung nach würden sich Schüler/innen – hierbei handele es sich insbesondere um die Altersgruppen zwischen 16 und 17 Jahren – im Zweifel für die Qualität der Schule entscheiden.

Er nimmt Bezug auf das Beispiel einer Kollegin aus Trechtingshausen, welche den Beruf der Konditorin erlernt habe und im ersten Lehrjahr zusammen mit Bäckerinnen und Bäckern in Bingen und ab dem zweiten Lehrjahr zusammen mit anderen Konditorinnen und Konditoren am Standort Mainz ausgebildet wurde. Hier musste zwar eine längere Wegstrecke in Kauf genommen werden, dies sei jedoch aufgrund der Qualität der Ausbildung für die Kollegin von geringer Bedeutung gewesen. Dieses Beispiel zeige auf, dass die Qualität der Ausbildung deutlich vor der Frage der Wegstrecke eine Rolle spielen werde.

Die Ausführungen des Mitgliedes Fluche, wonach bei kleinen Klassen Absprachen zwischen den Schulen zu Klassenübernahmen erfolgen, spreche zum einen für die Verantwortung der Schulen, zum anderen aber auch dafür, dass es problematisch sei, an allen Standorten jeden Ausbildungsbereich anzubieten.

Sodann erklärt er, dass die Firma Boehringer Ingelheim pro Jahrgang rd. 150 Jugendliche ausbilde, welche überwiegend aus den Landkreisen Mainz-Bingen, Bad Kreuznach sowie dem Rhein-Hunsrück-Kreis und nicht aus dem Bereich der Stadt Mainz stammen. Eine Schwerpunktbildung für die Ausbildungsbereiche Chemikant/in und Pharmakant/in am Standort Ingelheim biete sich deshalb an, da sonst die Auszubildenden längere Wege in Kauf nehmen müssten.

Weiterhin gibt er an, dass die Entscheidungen über die künftige Strukturen politischer Natur seien, die Kreistag bzw. Stadtrat zusammen mit dem Land zu beschließen habe. Im Bereich des Landkreises Mainz-Bingen und der Stadt Mainz befinden sich – nach einer möglichen Schließung einer Berufsbildenden Schule in Mainz – sechs Berufsbildende Schulen. Mit diesen nah beieinander liegenden Schulen und entsprechenden Schwerpunktbildungen bestehe die Chance eine Qualität herzustellen, die sonst in Rheinland-Pfalz nicht existiere. Dies könne jedoch nur in Folge einer Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und der Stadt Mainz realisiert werden.

Abschließend appelliert er an die Verantwortlichen, die Chance zu nutzen, um für die kommenden 20 bis 25 Jahre im Bereich der Berufsbildenden Schulen gute Strukturen zu schaffen.

Zu der Frage des Mitgliedes Spiegler (SPD), wie man hinsichtlich des Spannungsfeldes Qualität/ Wohnortnähe von Berufsbildenden Schulen entscheiden solle, führt Herr Krämer Mandau aus, dass der Landkreis Mainz-Bingen und die Stadt Mainz über hervorragende Ver-

kehrsanbindungen verfügen. Somit stelle sich seiner Auffassung nach nicht die Frage nach den Entfernungen, sondern vielmehr nach Qualität und deren Sicherung. Als problematisch erweise sich diese Frage bei sog. „Kragenkreisen“ wie z. B. Ludwigshafen. Hier existiere beispielsweise keine Berufsbildende Schule. In Kaiserslautern und Landstuhl seien gerade noch rd. 1.000 Schüler/innen und im Bereich Alzey-Worms ebenfalls 1.000 Schüler/innen zu verzeichnen. Dem Landkreis Mainz-Bingen als sog. „Halbkragenkreis“ der Stadt Mainz drohe diese Situation ebenfalls.

Auch wenn sich Verbandsvertreter/innen vehement für die Berufsbildenden Schulen einsetzen, würden Fachoberschule in jeden Fall eingerichtet werden. Dies führe möglicherweise dazu, dass eine kleinere Berufsbildende Schule mit rd. 1.300 Schüler/innen ca. 150 bis 180 Schüler/innen an eine benachbarte Fachoberschule verlieren. Hier bestehe Handlungsbedarf. Vor dem Hintergrund, dass voraussichtlich sechs bis acht Fachoberschulen in der Region eingerichtet werden, müssten die Verbandsvertreter/innen einer vernünftigen Konzentration zustimmen.

Weiterhin gibt er an, dass in die Einrichtung eines gemeinsamen Standortes für die Bereiche „Pharmakant/in“ und „Chemikant/in“ an der Berufsbildenden Schule Ingelheim erheblich investiert werden müsse. Aufgrund dessen stelle sich für den Schulträger zu Recht die Frage, ob diese Vorgehensweise zukunftsorientiert ist.

Nach kurzer Wiederholung der Möglichkeiten der sog. „großen Lösung“ spricht er sich nochmals dafür aus, dass die Berufsbildenden Schulen gerade vor dem Hintergrund entstehender Fachoberschulen und des demographischen Wandels größere Lösungsmöglichkeiten darstellen sollten.

Beigeordneter Merkator schildert zu der Frage des Mitgliedes Spiegler (SPD), ob seitens der Stadt Mainz eine Bereitschaft zur Kooperation hinsichtlich der Berufsbildenden Schulen bestehe, dass er selten solch ernsthafte Gespräche über eine interkommunale Zusammenarbeit erlebt habe. Gemeinsam habe man vernünftige Konzepte erarbeitet. In diesem Zusammenhang dankt er den Vertreter/innen des Landkreises für die gute Zusammenarbeit.

Ein wichtiges Ziel der Kooperation sei ein vernünftiger und verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern, denn alle vorhandenen Doppelstrukturen bzw. Doppelräume gehen zu Lasten der Steuerzahler. Weiterhin sei die Zukunftssicherung für Landkreis Mainz-Bingen und Stadt Mainz sowie die erfolgte Einbeziehung der Betroffenen von großer Bedeutung. Sodann verdeutlicht er, dass sich die Stadtverwaltung Mainz eine „große Lösung“ vorstellen könne und macht seine Hoffnung nach einem Ergebnis deutlich.

Zu der Frage des Mitgliedes Lottermann (CDU), welche Auswirkungen eine Verlegung der Sophie-Scholl-Schule Mainz (BBS II) an den Standort Ingelheim habe, erklärt Frau Havel-Scheuermann, dass diese Berufsbildende Schule ca. 900 Schüler/innen, hauptsächlich in den Bereichen Erzieher/in und Altenpfleger/in ausbilde. In diesen Berufen existiere ein enormer Bedarf und selbst die hohe Schülerzahl an der BBS II könnten diesen landesweiten Bedarf an Arbeitskräften nicht decken. Aufgrund dessen wurden diese Ausbildungsgänge auch für die Berufsbildende Schule Ingelheim beantragt.

Weiterhin führt sie aus, dass sich die Frage stelle, warum die rd. 500 Schüler/innen aus dem Bereich der Stadt Mainz nun die Berufsbildende Schule Ingelheim besuchen sollen, obwohl am Mainzer Standort bereits notwendige soziale Netze existieren.

Sie gibt weiterhin zu bedenken, dass man eine Vielzahl von Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und Altenpflegeeinrichtungen benötige, wenn die Ausbildungsgänge Erzieher/in und Altenpfleger/in angeboten werden. Schon deshalb sei es nicht sinnvoll, Mainzer Schüler/innen an dem Standort Ingelheim beschulen zu lassen.

Gleichzeitig sei für die Schulleitungen der Berufsbildenden Schulen in Mainz eine Gleichbehandlung aller Schularten von enormer Bedeutung.

Hinsichtlich der Bemerkung des Landrates Schick erklärt Frau Havel-Scheuermann, dass man selbstverständlich dazu bereit sei, Schüler/innen abzugeben, die nicht der Stadt Mainz zuge-

ordnet werden können.

Die Frage des Mitgliedes Kleinschnieder (SPD), ob der Schulstandort zweitrangig zu der Qualität der Ausbildung sei, wird seitens Herrn Pflughaupt bejaht. Es gelte jedoch zu bedenken, dass sich die handwerkliche und industrielle Ausbildung im Unterschied zur Allgemeinbildung wesentlich individueller gestalten. Beispielsweise wurde vor einiger Zeit seitens der Firma VW festgelegt, dass Kunden zugemutet werden könne, 70 km zur Werkstatt zu fahren. Solche Synergien hatten jedoch keinen Erfolg. Des Weiteren sei zu berücksichtigen, dass der Erfolg der Berufsschule Ingelheim durch Firmen vor Ort im Verbund als dualer Partner entstanden sei. Der Aufbau dieses Verbundes sei ein langwieriger Prozess gewesen.

Herr Fluche erklärt zu der Frage des Mitgliedes Lottermann (CDU) nach dem Unterschied zwischen der Ausbildung zum Mechatroniker/in und Kfz-Mechatroniker/in, dass der Lerngegenstand bei der Ausbildung zu Kfz-Mechatroniker/innen das Kfz sei und diese Ausbildung seitens der Jugendlichen gut angenommen werde. An der Berufsfachschule I an der Berufsschule Ingelheim wurde der Schwerpunktbereich „Kfz“ gebildet, welcher derzeit 34 Anmeldungen verzeichne. Dank der Unterstützung des Landkreises, welcher Autos für diesen Bereich angeschafft habe, sei man in diesem Ausbildungsbereich attraktiv geworden.

Sodann dankt Landrat Schick den Referentinnen und Referenten für ihre interessanten Beiträge und verabschiedet diese mit einem Weinpräsent.

Vorsitzender des Kreistages
des Landkreises Mainz-Bingen:

Vorsitzender des Schulträgerausschusses
des Landkreises Mainz-Bingen (zu TOP 2):

Claus Schick
Landrat

Adam J. Schmitt
Erster Kreisbeigeordneter

Vorsitzender des Schulträgerausschusses
der Stadt Mainz (zu TOP 2):

Schriftführerin:

Kurt Merkator
Beigeordneter der Stadt Mainz

Alexandra Becker